

Zentraler Zugang

von Brigitte Zypries

Bund Online 2005 – die e-Government-Initiative des Bundes nimmt langsam Konturen an. Auf der CeBIT schaltete Bundesinnenminister Otto Schily das Portal www.bund.de frei.

Shopping, banking, mailing, surfing – das Internet verändert nicht nur unsere Sprache. Es verändert Kommunikation, Information und Konsum. Es bietet Möglichkeiten, die uns begeistern und manchmal überfordern. Dennoch oder gerade deshalb: Für viele ist das Internet noch eine fremde Welt. Wenn die 40- bis 50-Jährigen stolz berichten, dass sie online waren, dann ist das für ihre Kinder nichts besonderes mehr. Für die meisten der 15- bis 25-Jährigen gehört das Internet zum Alltag – in der Schule, im Studium, im Beruf oder privat.

Das Internet muss auch zum Alltag der Verwaltung und ihrer Beschäftigten gehören. Es eröffnet ganz neue Möglichkeiten für eine moder-

ne, leistungsstarke und bürgerfreundliche Verwaltung. Dies ist nötig. Denn die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und die Lebensqualität für die Bürgerinnen und Bürger hängen auch davon ab, wie gut und wie schnell der Staat Dienstleistungen erbringt. 69 Prozent der Bevölkerung wünschen sich, ihre Behördenangelegenheiten über das Internet erledigen zu können. Sie wollen staatliche Dienstleistungen schneller und unkomplizierter in Anspruch nehmen. Sie wollen mehr Transparenz der öffentlichen Verwaltung. Sie wollen die Pflichten, die ihnen der Staat auferlegt, einfach und unbürokratisch erfüllen.

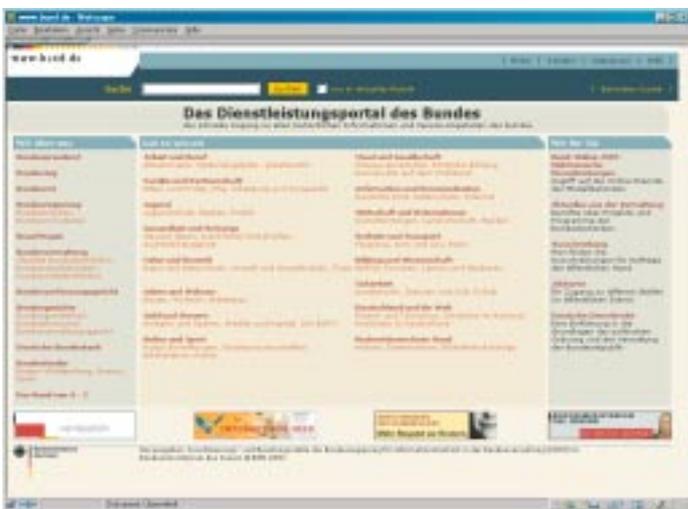
Bundeskanzler Gerhard Schröder hat deshalb im September letzten Jahres mit „BundOnline 2005“ die e-Government-Initiative der Bundesregierung gestartet. Mit ihr verpflichtet sich der Bund, bis zum Jahr 2005 alle internetfähigen Dienstleistungen der Bundesverwaltung – und das sind immerhin rund 1.200 – online anzubieten. Da-



Brigitte Zypries

mit dies gelingt, hat die Bundesregierung in diesem Jahr auf der CeBIT einen wichtigen Schritt getan: Bundesinnenminister Schily hat das Dienstleistungsportal des Bundes eröffnet. Unter www.bund.de haben wir eine zentrale Plattform geschaffen, auf der Informationen, aber vor allem Verwaltungsdienstleistungen aus der gesamten Bundesverwaltung angeboten werden können.

Die ersten Dienstleistungen sind bereits jetzt im Netz und über www.bund.de erreichbar: Seit dem 1. November haben zum Beispiel 500.000 Bafög-Rückzahler die Möglichkeit, mit ihrem Sachbearbeiter im Bundesverwaltungsamt über das Internet zu kommunizieren, Anträge auf vorzeitige Rückzahlung, Teilerlass, Freistellung oder Stundung zu stellen. Hiermit ist ein Rückzah-



Das Portal des Bundes – www.bund.de.

lungsvolumen von immerhin 1,2 Milliarden Mark jährlich erfasst und es eröffnet sich ein erhebliches Potenzial, um Zeit und Kosten zu sparen.

Amtliche Statistiken sind nicht nur aus der Sicht des Staates notwendig. Für die Unternehmen ist die Bereitstellung der Daten aber oft beschwerlich. Das Statistische Bundesamt bietet den Unternehmen und Betrieben daher die Erfassung der Intrahandelsstatistik über das Internet an. Bereits über 4.000 Unternehmen beteiligen sich hieran. Sowohl beim Statistischen Bundesamt aber auch bei den Unternehmen selbst führt dieses Verfahren zu mehr Datensicherheit und zu mehr Effizienz.

In der Bundesdruckerei werden täglich bis zu 60.000 Personalausweise und Reisepässe sowie 30.000 Führerscheine gedruckt. Durch das digitale Antragsverfahren DIGANT sind bereits heute die technischen Möglichkeiten vorhanden, um die Ausweise und Führerscheine in der Bundesdruckerei digital herzustellen. Woran es bisher fehlt, ist die IT-gestützte Verbindung zu den Landkreisen für Führerscheine sowie zu

den Gemeinden für Personalausweise und Reisepässe und von dort zu den Bürgerinnen und Bürgern. Um darzustellen, dass und wie gut die Vernetzung funktionieren kann, hat die Bundesdruckerei im Falle der Führerscheine ein Pilotverfahren mit dem Landkreis Berchtesgadener Land sowie mit der Stadt Siegburg für Personalausweise und Reisepässe gestartet. Neben der Kostenersparnis zeigen die Pilotverfahren, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Ausweise eine Woche früher bekommen.

Dieses Verfahren zeigt auch, dass Bund, Länder und Kommunen für eine moderne Verwaltung im Informationszeitalter kooperieren müssen. Von einem neuen Dienstleistungsangebot der Verwaltungen im Internet wird zu Recht erwartet, dass es keine Rücksicht auf bestehende Zuständigkeiten nimmt, dass zwischen Bund, Ländern und Kommunen keine Sollbruchstellen entstehen. Andererseits ist die Eigenständigkeit von Bund, Ländern und Kommunen auf Grund unseres föderalen Staatsaufbaus und der kommunalen Selbstverwaltung garantiert. Es wird deshalb nicht möglich sein, diese zum Teil ja verfassungsrechtlich festgeschriebenen Vorgaben via Internet zu überspielen. Meines Erachtens muss die Lösung darin bestehen, dass alle staatlichen Ebenen für ihren Zuständigkeitsbereich das erforderliche online-Angebot schaffen und zugleich gewährleisten, dass



Bundesinnenminister Otto Schily auf der enac europe.

dort, wo es nötig ist, die entsprechende Durchlässigkeit zwischen Kommunen, Bund und Ländern besteht. Unser Ziel muss es sein, Interoperabilität und Kompatibilität der elektronischen Verfahren zwischen den Verwaltungsebenen herzustellen.

e-Government darf sich aber nicht nur auf das beschränken, was im Internet sichtbar ist. Internet-Portale sind wichtig, um einen verlässlichen und zentralen Zugang zum Internet-Angebot der Verwaltung zu schaffen. Sie sind das digitale Tor zur Verwaltung, aber eben nur das Tor. Eine moderne Verwaltung wird die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnik erst dann wirklich nutzen, wenn sie auch ihre hinter diesem Eingang liegenden Verwaltungsabläufe grundlegend verändert. Beim e-Government ist es insofern nicht anders als beim e-Commerce: Die Verbesserung der Servicequalität lässt sich nicht mit einer Eins-zu-eins-Übertragung der alten Verwaltungsabläufe ins Internet erreichen.

Brigitte Zypries ist Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium des Innern.

Beschaffung online

30.000 öffentliche Auftraggeber in Deutschland erteilen jedes Jahr mehr als eine Million Aufträge über Lieferungen, Dienstleistungen und Bauleistungen in Höhe von 500 Milliarden DM. Das sind 7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. In diesem Jahr wird es möglich sein, die ersten Beschaffungen des Bundes über das Internet abzuwickeln – von der Ausschreibung bis zur Auslieferung der Produkte.